

und zwar sowohl in der Gesellschaft als auch im Staat und dann nicht zuletzt in der Kirche. Es kamen immer wieder die Begriffe „Opposition“ und „Bürgerrechtler“. Ich will der Ehrlichkeit halber sagen, daß wir uns damals sehr schwer damit getan haben, so bezeichnet zu werden, und zwar gerade weil wir uns als Leute verstanden haben, die deswegen aufgestanden sind, weil sie Nachfolge Jesu leben wollten, auch wenn das Nichtchristen nicht gleich so bezeichnen konnten. Daß das dann natürlich als Opposition politisch relevant ist, haben wir dann auch gemerkt. Ich habe es eigentlich erst richtig gemerkt, als ich 1989 aus Basel von der Ökumenischen Versammlung zurückkam und nun von außen ein Stückchen dessen gesehen hatte, was ich vorher nur von innen sehen konnte, weil ich nicht herauskam.

Es wurden vorhin die unterschiedlichen Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Gruppen und Kirche erwähnt. Drei Beispiele nur mit Schlagworten: In Erfurt gab es Partnerschaft zwischen regionalen Kirchenleitern und den Leuten, die in der offenen Arbeit waren. Man ging aufeinander zu, hörte einander zu und wollte sich nicht gegenseitig austricksen. Es war einfach nicht nötig. In Jena suchte der dortige Superintendent in den achtziger Jahren das Gespräch mit Gruppen, wenn Konflikte auftauchten. Er urteilte nicht über sie hinweg. Er sagte aber auch deutlich seine Meinung, wenn er Sachen nicht mit abdecken wollte. Aber er tat das nicht hinterrücks oder auf dem Rücken oder über die Köpfe der Leute hinweg. In Weimar gab es überhaupt keine Kommunikation. Das hängt unter anderem damit zusammen, daß in Weimar der Superintendent Stasispitzel war und noch ein paar andere Pfarrer in der Stadt auch. Es wurde also immer wieder ein bestimmtes Muster gefahren. Wenn es eine Gruppe gab, besonders die offene Arbeit, wurde sie ausgegrenzt, bekam keine Räume, war damit Freiwild für den Staat, und wenn sie dann verhaftet worden sind, wurde gesagt: Die bösen Leute, die sowieso keine richtigen Christen sind. Damit reicht es erst einmal.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Reinhard Weißhuhn ist ein Vertreter derer, die zur Oppositionsarbeit innerhalb der Kirche bewußt von außen her gekommen sind. Seine Arbeit ist nicht als eine Emanzipationsbewegung innerhalb der Kirche verständlich, sondern er hat schon sehr früh die Intention gehabt, hier in der DDR oppositionell zu arbeiten, allerdings mit der großen Schwierigkeit, dabei Partner zu finden. Wie ist das von Ihrem Erleben her?

Reinhard Weißhuhn: Ich bin Reinhard Weißhuhn. Ich bin hier für die „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Ich bin nicht der einzige, es gibt noch einen anderen Gesprächspartner aus der Gruppe in dieser Runde hier. Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ hat sich gegründet im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Friedenswerkstatt in Berlin Ende 1985. Ich möchte aber eigentlich gar nicht so viel über diese Gruppe erzählen, die sich als eine der ganz wenigen ausdrücklich als nichtkirchliche Gruppe verstanden hat, mit der Begründung von Bischof Leich,

daß die Kirche keine Opposition und keine Partei ist, das nicht sein will und auch nicht sein kann. Diesen Anspruch haben wir nun allerdings erhoben, und das ließ sich unserer Ansicht nach nicht mit der Kirche als Institution automatisch vereinbaren, schon gar nicht identifizieren. Das ist eines der Motive für diese erklärtermaßen nichtkirchliche Gruppe. Trotzdem hatten wir natürlich mit der Kirche sehr viel zu tun, bedurften ihrer auch, sind auch von ihr geschützt worden. Das aber liegt vor allem daran, daß die Kirche nicht nur ein Dach war und nicht nur eine stellvertretende Öffentlichkeitsfunktion hatte, sondern daß sie unter den Bedingungen in der DDR zwangsläufig und ohne ihr eigenes aktives Zutun die Funktion einer Ersatzgesellschaft bekam. Das, was in einer „normalen“ Gesellschaft pluralistisch geschieht und in der DDR nicht möglich war, konnte überhaupt nur im Rahmen der Kirche geschehen, und so bezog es sich zwangsläufig auf die Kirche. Das gilt für die Institution Kirche, das gilt für die Gemeindeglieder, das gilt in erster Linie aber für die Gruppen und ihre Mitglieder. Die waren ganz unabhängig davon, ob und in welcher Weise sie mit der Kirche und dem Christentum zu tun hatten oder auch nicht, trotzdem darauf angewiesen, alle ihre Aktivitäten, alle ihre Öffentlichkeitsversuche usw. im Rahmen der Kirche oder zumindest in der Nähe der Kirche zu unternehmen. Deswegen ist der Begriff „kirchliche Gruppen“ selbst schon schillernd, gar nicht zu reden von den Gruppen, die sich eben nicht unmittelbar als kirchlich verstanden haben. Meiner Ansicht nach ist dieser Zusammenhang weniger ein Ausdruck kirchlichen oder christlichen Widerstandes, er ist eher Ausdruck des Widerstandes in einer Gesellschaft, die keine Pluralität kennt, und in der Kirche diese Ersatzfunktion übernimmt. Ich denke, die Kirche hätte heute auch weniger Schwierigkeiten im Umgang mit sich selbst, mit ihrer vergangenen Beziehung zum DDR-Staat, mit ihrer gegenwärtigen Situation, die gestern von Ehrhart Neubert als Ergebnis einer weitgehenden Zerstörung beschrieben wurde, und mit jenem zwar nicht allzu großen, aber qualitativ immer zu großen Anteil von IM in ihren eigenen Reihen, wenn sie sich zumindest auf jene Gruppen positiv bezöge und zu ihnen bekannte, die innerhalb der Kirche auch tatsächlich kirchliche Opposition darstellten. Zwei Gruppen möchte ich nennen. Das ist einmal die „Kirche von unten“, Angelika Schön hat sie eben schon angesprochen, und last not least die „Solidarische Kirche“. Die Solidarische Kirche verstand sich selbst als eine Quasiopposition nicht nur zum Staat, sondern auch zur Amtskirche und ist hier überhaupt nicht thematisiert, geschweige denn anwesend, jedenfalls bisher nicht erkennbar. Ich halte das tatsächlich für gravierend, zumal aus der Sicht der Kirche. Diese Gruppe beispielsweise wäre tatsächlich ein positiver Bezugspunkt, der weit weniger gebrochen wäre und weit weniger Anlaß zu selbstkritischer Reflexion gäbe, als die Amtskirche als solche dies muß und hier ja auch demonstriert.

Noch einen letzten Punkt, der auch im Zusammenhang mit dem, was ich

eben sagte, steht: Ehrhart Neubert hat gestern von der protestantischen Revolution 1989 gesprochen. Eine Revolution war es sicher, obwohl man sicher auch darüber streiten kann. Ich behaupte nur, daß es keine protestantische Revolution war, was suggeriert, die Kirche als solche hätte eine aktive, bewußte und entscheidende Rolle dabei gespielt. Ich behaupte, es war keine protestantische Revolution, es sei denn, man faßt den Begriff „protestantisch“ als ganz allgemein kulturhistorischen Begriff auf, der dann natürlich für alle gilt, auch für Nichtchristen in dieser Gesellschaft. So war er aber, glaube ich, nicht gemeint. Ich glaube, es war eine Revolution gegen den SED-Staat, in die die Kirche eher unwillig verwickelt war. Es ist der Kirche nur passiert. Danke.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Danke. Martin Böttger, der Name ist ja schon gefallen, war langjähriges Mitglied der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ und vorher auch schon in allen möglichen oppositionellen Gruppen im Berliner Raum tätig. Er ist jemand, der – soweit mir das in Erinnerung ist – ausgesprochen früh mit dieser Arbeit angefangen hat, und das zu einer Zeit, als es nur sehr wenige von denen gab, die eine bemerkenswerte Kontinuität an oppositionellem Handeln in der DDR aufzuweisen hatten. Diese lange Zeit hat unterschiedlichste Erfahrungen vermittelt, besonders wenn man erleben muß, daß man an Solidarität nur sehr wenig spürt.

Dr. Martin Böttger, MdL: Wenn ich meine Position innerhalb von Gruppen und innerhalb der Kirche beschreiben soll, könnte ich am einfachsten sagen: Ich stand breitbeinig, aber nicht im Spagat. Ich stand mit einem Bein in Gruppen, in zeitlicher Abfolge auch in verschiedenen, mit dem anderen in meiner Kirchengemeinde, in meiner Ortsgemeinde. Das war die Berliner Golgathagemeinde. Der Gemeindebezug war territorial, also auf den Bereich dieser Ortsgemeinde ausgerichtet, der Bezug auf Gruppen überregional, zumindest auf das Ostberliner Gebiet, aber auch auf den Süden, also auf Sachsen bezogen. Der Gemeindebezug war familienorientiert. Es war also meine Generation, die Generation der Leute mit kleinen Kindern, die auch ihre Kinder in den Familiengottesdienst mitbrachten, in die Gemeindenachmittage, die sehr vieles zusammen machten, sich auch auf dieser Ortsebene mit Problemen der Kommune auseinandersetzten. Die Gruppen waren sehr stark von Aktivisten getragen, von Leuten, die sich öffentlich äußerten, die sich politisch verstanden. Es waren politische Gruppen. Öffentlich geäußert hat sich der Gemeindebezug auch insofern, daß die Gottesdienste öffentlich waren, und wir in Golgatha jeden Monat einen Friedensgottesdienst oder ein Friedensgebet hatten. Das wurde vorbereitet und gestaltet hauptsächlich von Gemeindegliedern, mit Pfarrer Hilsberg im wesentlichen, dem Vater des jetzigen Bundestagsabgeordneten Hilsberg. Diese Gruppe hat mit ihren zur Verfügung stehenden Mitteln Friedensarbeit geleistet. Es war mir klar, daß nicht alle politische Oppositionsarbeit in dieser Gemeinde geleistet